

Überwiesener I.2. Initiativantrag der 2. Tagung des 14. Landesparteitages

Beschluss aus der Landesvorstandsklausur vom 18. November 2017

Beschluss:

Der Landesvorstand möge den vom Landesparteitag überwiesenen Initiativantrag I.2. beschließen.

→ Die Überlegungen aus I.2. werden in der Vorbereitung der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 2. Dezember 2017 Berücksichtigung finden.

Begründung:

-

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen:

-

Finanzen:

-

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis: Bei einer Enthaltung beschlossen.

F.d.R.

Dresden, den 18. November 2017



Thomas Dudzak – Landesgeschäftsführer

I. **Initiativantrag an die 2. Tagung des 14. Landesparteitages**

I.2. **Sachsen gehört nicht der CDU**

Einreicher*innen: Rico Gebhardt, Antje Feiks, Jana Pinka, Jayne-Ann Igel, Stefan Hartmann, Bernd Spolwig, Sarah Buddeberg

Sachsen gehört nicht der CDU

Der Rücktritt von Ministerpräsident Tillich nach der Bundestagswahl ist Ausdruck einer tiefen politischen Krise der Landesregierung und besonders der seit 1990 regierenden CDU. Die erdrutschartigen Verluste der Union mit dem Ergebnis ihre Rolle als stärkste politische Kraft an die rechte AfD verloren zu haben, ist das Resultat ihrer eigenen von unsozialen und undemokratischen Elementen geprägten Politik unter dem Deckmantel der Sachsentümelei. Die am rechten Rand der Union stehende sächsische CDU hat den Boden für das Erstarken der Rechten seit Jahrzehnten bereitet. Niedriglohnorientierung als Standortpolitik, mangelhafte demokratische Beteiligung und stetiges - mal klammheimliches, mal offensichtliches - Bedienen menschenfeindlicher Ressentiments sind Beispiele für das Versagen der CDU, die politisch nach Gutsherrenart Sachsen als ihr Eigentum betrachtet.

Die Nachfolgeregelung hin zu Ex-MdB Kretschmer findet ohne verantwortungsvolle Reflexion der eigenen Rolle hinsichtlich des schlechten Wahlergebnisses im Freistaat und des Rechtsrucks statt. Und vor allem ohne eine gesellschaftliche Debatte zu diesen Fragen - der der Tillich ebenso wie seine Vorgänger sowieso aus dem Weg gegangen sind - vor allem, was die Ausbreitung nationalistischen und rassistischen Gedankengutes in der Gesellschaft betrifft, das längst in der sogenannten Mitte angekommen ist. Diese Haltung in und zu Konflikten hat im Freistaat Tradition, zieht sich genauso durch 27 Jahre CDU-Regierung wie ökonomische Fehlentscheidungen - Leuchtturmpolitik um den Preis der Vernachlässigung ländlicher Räume - oder die Marginalisierung ostdeutscher Lebensläufe.

Von Anfang an gab es keine Nutzung der Demokratiepotentiale aus der 1989er Bürgerrechtsbewegung wie z.B. die Runden Tische. Statt auf diese Potentiale zu bauen, die Protagonistinnen mit ihren Erfahrungen in politische Prozesse einzubinden, wurde von Anfang an Paternalismus praktiziert. Man fokussiert seit 1990 lieber auf die Stasi und ihre Hinterlassenschaften, nicht aber auf die Werte dieser emanzipatorischen Bewegung. zivilgesellschaftlichen Engagement wird erschwert, vor allem wenn auch nur der Anschein linken Denkens damit verbunden ist. (Versammlungsgesetz, Extremismusklausel, letztere 2015 wieder aufgehoben). Die CDU scheut die Auseinandersetzung mit und die Abgrenzung von neurechten Bewegungen wie Pegida und Co. und deren Inhalten. Sie erklärt sich nicht solidarisch mit Initiativen, die sich dem entgegenstellen.

Es gab und gibt keine Anerkennung und Nutzung von in der DDR-Zeit erworbenen fachlichen Kompetenzen (Wirtschaft, Verwaltung, Hochschule - in letzterer wurden Forschungsstände in geisteswissenschaftlichen Fachbereichen teilweise einfach "geschliffen").

Die Nominierung dieses Nachfolgers setzt ein politisches Signal des „Weiter so“, auch das hat Tradition. Die Art und Weise, wie die Nachfolge geregelt wird, zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Zu beobachten ist eine Politik der Gesprächsverweigerung im Wahlkampf und hinsichtlich rechter Gewalt.

Was wir brauchen in diesem Land, ist eine Demokratisierung der Institutionen, bis hin zum Kulturraumgesetz. Was wir brauchen, ist eine Debatte über die Beseitigung der Demokratiedefizite

in unserem Land, hin zu einer "Beteiligungsdemokratie". Was wir brauchen, ist die Verständigung darüber, wie wir für alle lebenswerte Perspektiven schaffen, in den Städten und auf dem Land, für Hiergebliebene wie neu zu uns Gekommene. Wie wir gemeinsam die Aufgaben der Integration bewältigen. Wie wir das Land aus der Niedriglohnfalle herausführen.

Wir wollen in Sachsen eine Debatte darüber, wie eine pluralistische und solidarische Gesellschaft aussehen kann.

Wir wissen, dass auch der wahrscheinlich nächste Ministerpräsident Kretschmer diese Aufgaben weder angehen noch erfüllen wird. Ein Aufbruch Sachsens hin zu einem sozialeren und demokratischeren Land, zu einer offenen Gesellschaft wird mit dieser CDU nicht stattfinden. In der derzeitigen Situation wäre es das verantwortungsvollste, einen neuen Aufbruch zu wagen. Mit einem Ministerpräsidenten, der nicht aus den Reihen der abgewirtschafteten CDU kommt, sondern für alle demokratischen Kräfte im Land steht. Mit einem Minimum an Reflexion und einem ausreichendem Maß an Mut von hoffentlich auch in der CDU aktiven demokratisch orientierten und sozial verantwortungsvollen Menschen wäre es möglich, mit anderen demokratischen Parteien, mit Gewerkschaften und vielen gesellschaftlich engagierten Menschen eine Initiative für einen neuen Aufbruch zu wagen der allen Menschen im Land dient und nicht dem Machterhalt der CDU. Sachsen aus dem verhängnisvollen Sog nach rechts zu reißen und endlich soziale Sicherheit und demokratische Beteiligung für alle Menschen zur Leitorientierung zu machen. Es ist eine historische Verantwortung dies zu tun, bevor Sachsen in Deutschland zuerst den Weg zu dauerhaften rechten Mehrheiten beschreitet.

DemokratInnen wissen: ein Land gehört niemals einer Partei und Sachsen nicht der CDU. Es ist an der Zeit, alteingefahrene Wege zu verlassen.

Für uns gehören zu einem neuen politischen Weg deutliche politische Veränderungen, ein erstes Zeichen ist dafür die Erstellung eines Nachtragshaushalts, der folgende Aufgaben enthält:

- Sicherstellung der Lehrer*innen-/Unterrichtsversorgung an allen sächsischen Schulen,
- Gewährleistung der Erfüllung der Daseinsvorsorgeaufgaben in den ländlichen Räumen, einschließlich eines Öffentlichen Nahverkehrs mit einheitlichem Tarifsysteem sowie des bezahlbaren und barrierefreien Wohnens in allen Orten,
- Absicherung der landesweiten gesundheitlichen und (fach)ärztlichen Versorgung,
- flächendeckende digitale Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s-Datenautobahnen
- Umgang mit den komplexen Folgen und Wirkungen des demografischen Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- uneingeschränkte Gewährleistung der rechtsstaatlichen Funktionen und Aufgaben der sächsischen Polizei, Justiz und Strafvollzug durch eine dazu erforderliche, deutlich verbesserte Personal-, Sach- und Finanzausstattung,
- Entwicklung und Ausbau einer starken Demokratie statt eines starken Staates,
- Ergreifen wirksamer Maßnahmen gegen das Erstarken der extremen Rechten,
- Überwindung der nach wie vor bestehenden Benachteiligungen des Ostens und der ost-deutschen Bevölkerung.

Begründung des Initiativantrages:

Kurz vor Beginn des Landesparteitages wurde ein Dringlichkeitsantrag zum Umgang mit dem Rücktritt von MP Tillich und dessen potentiellen Nachfolger Michael Kretschmer eingereicht. Im Verlauf der Debatte wurde deutlich, dass die Idee einer überparteilichen MP-KandidatIn sehr interessant ist, jedoch nicht ohne weiteres über den Rahmen unserer Abgeordneten hinaus im Landtag an Zustimmung finden wird, vor allem auch mangels geeigneter Personen, die sich für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung stellen.

Eine Ablehnung oder knappe Abstimmung dieses Antrages würde ein öffentliches Bild des Landesparteitages erzeugen, dass wir nicht in der Lage sind, zur tiefen Krise der sächsischen Union eine klare Antwort zu geben. Dies wäre ein schwerwiegender Fehler des Landesparteitages, dessen Möglichkeit erst mit dem Eingang des Dringlichkeitsantrages und der Meinungsbildung dazu deutlich geworden ist. Daher ergreifen wir die Initiative zu diesem Antrag, der ein klares und breit getragenes politisches Signal des LPT ermöglicht.

Dem Antrag wurden 22 Unterstützer*innenunterschriften beigefügt.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	